

BDEW

## Wärmepolitik bleibt hinter Bedarf zurück

**[25.09.2025] Der BDEW begrüßt die im Bundeshaushalt 2026 vorgesehenen zusätzlichen Mittel für den Ausbau und die Dekarbonisierung der Wärmenetze. Die vorgesehene Summe reiche aber nicht aus, um die Klimaziele zu erreichen.**

Der Bundestag berät in dieser Woche erstmals über den Entwurf für den Bundeshaushalt 2026. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft ([BDEW](#)) lobt zwar höhere Mittel für den Ausbau der Wärmenetze, warnt aber vor einer großen Finanzierungslücke. Nach Angaben des Verbandes reicht die vorgesehene Summe nicht aus, um die Klimaziele im Wärmesektor zu erreichen.

Der BDEW begrüßt, dass die Bundesförderung effiziente Wärmenetze (BEW) im kommenden Jahr auf knapp 1,4 Milliarden Euro steigen soll. Die Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung, Kerstin Andreae, erklärte: „Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Doch gemessen an den tatsächlichen Erfordernissen reicht das nicht.“ Der Verband verweist auf einen jährlichen Bedarf von mindestens 3,5 Milliarden Euro für den Umbau und die Dekarbonisierung der Wärmenetze. Ab 2028 seien wegen des steigenden Investitionsbedarfs sogar 4 bis 4,5 Milliarden Euro jährlich nötig.

Nach Angaben des BDEW sollte die BEW zudem nicht aus dem kreditfinanzierten Klima- und Transformationsfonds, sondern aus dem Kernhaushalt finanziert werden. Nur so ließen sich Planungssicherheit und Verlässlichkeit schaffen. Kritisch sieht der Verband die Kürzung der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) von 15,3 auf gut 12 Milliarden Euro. „Das ist das falsche Signal an alle Hauseigentümer“, so Andreae. Wichtig sei, die verbleibenden Mittel möglichst effizient einzusetzen und dabei Effizienzmaßnahmen mit der Dekarbonisierung der Energieträger zu verbinden.

Der Verband betont, dass klare politische Rahmenbedingungen entscheidend seien. Dazu gehörten die angekündigte Überarbeitung des Gebäudeenergiegesetzes sowie die Umsetzung der europäischen Gasrichtlinie in deutsches Recht. Nur wenn Finanzierung und Rechtslage verlässlich seien, könnten die nötigen Investitionen für die Wärmewende erfolgen.

(al)

Stichwörter: Politik, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Wärmepolitik